A18 Hamburger Wissenschaftspolitik: zukunftsgerichtet, sozialgerecht und ökologisch

Antragsteller*in:	Lone Grotheer (KV Hamburg-Altona)
Tagesordnungspunkt:	9 Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Diese Zeit ist geprägt von multiple Krisen und die dafür erforderlichen Antworten sind komplex. Kurz: Es braucht eine sozial-ökologische Transformation. Wissenschaft schafft dafür die neuen Erkenntnisse sowie Erfindungen. Hochschulen selbst sind Ort der nachhaltigen Entwicklung für alle in der Gesellschaft und wichtige Arbeitgeberinnen in der Stadt. Im Bildungssystem sind Hochschulen ein wichtiger Ort, an dem sich Gestalter*innen der Zukunft bilden können. Dafür braucht es Gestaltungskompetenz als Teil einer Bildung für nachhaltigen Entwicklung. Es ist wichtig, dass das Wissen vielfältig und im Sinne einer feministischen Wissenschaftspolitik erarbeitet wird. Das ist nicht nur relevant für alle Menschen, die in ihrem Bildungsweg direkt in Kontakt mit Hochschulbildung kommen, sondern es geht uns alle etwas an. Es macht einen Unterschied für Erfindungen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft, wie gut die Rahmenbedingungen sind und wie orientiert an einer nachhaltigen Entwicklung Campusleben, Forschung, Lehre und Entscheidungsstrukturen ausgestaltet wird.

Ein kritischer und differenzierter Umgang mit Forschung erlaubt den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen ausgewogene und informierte Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist die Forschung ein Garant für mulinationale Vernetzung, Verständigung und Konsens. Der internationale Fokus auf Wissenschaft ermöglicht eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage: wissenschaftsbasierte Politik. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, Forschung in sich als meinungsgeprägten Raum zu verstehen, sodass die Erkundung jener Räume (kritische Wissenschaft) wichtig ist, um die Wechselseitigkeit aus Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu verstehen. Wissenschaft insich ist ein politischer Raum, in welchem Akteur*innen sich zusammenfinden: Die Entscheidung, an welchen Themen geforscht wird, ist politisch. Die Entscheidung, welche Ergebnisse wie veröffentlich werden, ist politisch. Die Entscheidung, welche Professuren eine staatliche Förderung erhalten, ist politisch.

Und weil Wissenschaft politisch ist, bedeutet dies für uns: zukunftsorientierte Wissenschafts- und Hochschulpolitik erkennt die unverzichtbare Verbindung von Nachhaltigkeitszielen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit dem Hochschulwesen an. Wir sind fest davon überzeugt, dass Universitäten und Hochschulen als Bildungs- und Forschungsinstitutionen eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Nachhaltigkeit und der Vermittlung entsprechender Kompetenzen spielen. Daher muss ihre Ausgestaltung und Entwicklung im Zentrum jeder Hochschulpolitik stehen. BNE und damit auch Nachhaltigkeitsziele sollten integraler Bestandteil jedes Vorhabens und jeder Entscheidung im Hochschulbereich sein, um eine ganzheitliche und langfristige Perspektive auf Bildung und Forschung zu gewährleisten. Auch Wissenschaft muss nachhaltig sein - in sich, in ihrer Ausrichtung und ihren Zielen.

Voraussetzung: Wissenschaft ausfinanzieren!

Um dies zu gewährleisten, braucht Wissenschaft entsprechende Rahmenbedigungen: Ein wesentliches Element ist die gute finanzielle Grundlage der Infrastruktur für die Wissensmetropole Hamburg. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzierung für die Hochschulen, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, das Studierendenwerk und die öffentlichen Bibliotheken (insbesondere die Staats- und Universitätsbibliothek). Wir GRÜNEN setzen uns seit vielen Jahren für eine bessere Hochschulfinanzierung ein und haben wesentliche Schritte einerseits mit den Hamburger Zukunftsverträgen für alle Hochschulen, dem UKE und der Staats- und Universitätsbibliothek in dieser Legislatur und andererseits mit der so genannten Dynamisierung (also jährlichen Steigerung) des Zukunftsvertrag für Studium und Lehre der Bundesregierung gemacht.

Spätestens seit der Inflation durch die Covid19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist klar, dass die Planung mit einer maximal 2%igen Mittelsteigerung nicht sinnvoll ist. Wir setzen uns ein für eine mittelfristige Nachverhandlung der Hamburger Zukunftsverträge mit der Sicherheit, dass Inflations- und Tarifkostensteigerungen voll übernommen werden und eine jährliche Steigerung der Mittel für die wachsenden Aufgaben und Innovationen und die Verträge entfristet werden. Die Staats- und Universitätsbibliothek hat sehr innovative und gute Entwicklungspläne, die wir finanzieren wollen. Dabei ist nicht nur wichtig, dass das Wissen öffentlich, lang und leicht zugänglich ist, sondern auch studentische Lernräume letztlich in ganz Hamburg ausreichend vorhanden sein müssen.

Auch Hochschulen sind keine Orte die frei von Diskriminierung sind. Nicht ohne Grund machen Bündnisse wie #metooscience immer wieder auf die durch die Hochschulstrukturen bedingten starken Machthierarchien und das hohe Potenzial für Machtmissbrauch hin. Als Grüne Hamburg setzen wir uns daher dafür ein, dass die Stabstelle für Gleichstellung mit mehr Ressourcen ausgestattet wird, um ihre wichtige Aufgabe noch besser ausfüllen zu können und zum Abbau von Machtstrukturen beizutragen.

Etwas ein Drittel aller Studierenden sind laut einer Erhebung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands armutsgefährdet. Die noch immer besonders hohe Inflation, sowie stark steigende Mietkosten sorgen auch bei Studierenden für steigende Lebenshaltungskosten. Diese Entwicklung lässt vermuten, dass inzwischen wahrscheinlich sogar mehr Studierende armutsgefährdet sind. Dennoch erhalten nur noch rund 11% aller Studierenden Unterstützung durch das BAföG und Prognosen gehen nicht davon aus, dass sich das unter den aktuellen Bedingungen ändern wird.

360€ sieht das BAföG aktuell monatlich zum Wohnen vor. Dabei liegt in Hamburg bereits der durchschnittliche Preis für ein WG-Zimmer laut Moses Mendelssohn Institut bei 610€. Nicht einmal die Zimmer in den Studierendenwohnheimen des Hamburger Studierendenwerks liegen noch alle innerhalb des im BAföG vorgesehenen Rahmens. Diese wollen wir dennoch ausbauen, da sie noch immer die günstigste Wohnform für Studierende darstellen und der Bedarf schon lange das Angebot überbietet. Hierbei ist insbesondere zu beachten, dass auch BaföG und andere Sozialleistungsempfänger*innen sich das Wohnen in den Wohnheimen des Hamburger Studierendenwerks leisten können müssen.

Auch in den Mensen steigen die Preise und wer einen BAföG-Antrag stellt wartet zunächst Monate auf eine Bearbeitung dieser. Insbesondere um dieser Wartezeit zu

begegnen, halten wir Konzepte wie ein unkompliziert zu beantragendes Studienstartgeld als Zuschuss der nicht zurückgezahlt werden muss für ein geeignetes Konzept.

Deshalb ist es wichtig, die Finanzierung des Hamburger Studierendenwerks auf festen Boden zu stellen. Nachdem in den letzten Legislaturen die Trendwende eingeleitet wurde und statt Kürzungen schrittweise Mittelsteigerungen parlamentarisch und durch den Senat auf den Weg gebracht wurden, wollen wir jetzt den Hamburger Hochschulsozialpakt. Das bedeutet, dass das Studierendenwerk jährliche Zuweisungen bekommt, die die Verstetigung des Defizits 2023/2024 umfassen plus die notwendigen Anforderungen für eine nachhaltige Ernährungswende bis 2030, Digitalisierung von Anträgen, Ausbau der Wohnheimplätze und Beratungsangebote.

Neben einer besseren Finanzierung des Studierendenwerks braucht es auch eine Reform der staatlichen Unterstützung zur Studierendenfinanzierung um die prekäre Situation der Studierenden zu verbessern. Denn wie bereits die Beschreibung der aktuellen Situation Studierender zeigt, ist auch das BAföG aktuell nicht an studentische Lebensrealitäten angepasst ist. Als Grüne Hamburg setzen wir uns deshalb weiter für eine weitreichende Reform des BAföG ein, die das BAföG wieder an tatsächliche studentische Realitäten anpasst und zukunftsfähig macht. Das bedeutet neben einer regelmäßigen und bedarfsgerechten Anpassung der Fördersätze und Freibeträge unter anderem auch, dass das BAföG elternunabhängig werden muss und der Rückzahlungsbetrag reduziert werden muss. Auch stellen wir uns ganz entschieden dagegen, die maximale Rückzahlungssumme weiter zu erhöhen.

Wir erkennen, dass Hamburg als Ballungsraum auch für Studierende bedeutet, dass sie besonders hohe Lebenshaltungskosten haben. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass sich niemand aus finanziellen Gründen gegen ein Studium in Hamburg entscheiden muss und wollen uns deshalb dafür einsetzen, Studierende auch als Stadt finanziell bei ihrem Studium in Hamburg zu unterstützen. Etwa durch einen Sozialfond der eine finanzielle Unterstützung zur Zahlung der Miete und anderer Kosten ermöglicht. Denn Bildungsgerechtigkeit bedeutet eben auch, dass junge Menschen ungeachtet ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit haben sollten frei zu entscheiden wo sie studieren wollen ohne auf finanzielle Fragen achten zu müssen.

Arbeitsbedingungen

Als Hamburger Grüne haben wir in der Hamburger Bürgerschaft maßgeblich mit dafür gesorgt, Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte einzuführen. Leider werden diese noch nicht flächendeckend eingehalten. Sie können zudem nur ein Anfang sein auf dem Weg, hin zu einer längst überfälligen Tarifierung studentischer Beschäftigter. Denn kurze Vertragslaufzeiten, eine Bezahlung nur knapp über dem Mindestlohn und eine dadurch entsehende große Unsicherheit in diesen Anstellungsverhältnissen sorgen dafür, dass nicht alle Studierenden diese, oft Karriereförderndern, Jobs annehmen können. Als Hamburger Grüne wollen wir deshalb weiter an der Seite von TVStud bleiben und fordern weiter: Es braucht jetzt einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

Die Evaluierung der beschlossenen Mindestvertragslaufzeiten muss daher dringend angegangen werden und die Mindestlaufzeiten nach der Evaluation bestenfalls angepasst werden. Auch die Einführung eines studentischen Personalrates wollen wir weiter voranbringen. Dauerstellen für Daueraufgaben ist schon lange der

Slogan der Bewegung #ichbinhanna, die eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) fordert. Dieser Forderung schließen wir uns auch als Grüne Hamburg an. Unter besonders großem Druck stehen Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die nach der Promotion bis zu sechs Jahre befristet beschäftigt werden dürfen. Stellen abseits der Professur sind bisher rar, was eine große Konkurrenz erzeugt und für eine große psychische Belastung sorgt.

Insbesondere aus Gesichtspunkten feministischer Wissenschaftspolitik ist dies kritisch zu betrachten.Es ist wichtig, die Auswirkungen auf die Familien- und Lebensplanung der Mitarbeiter*innen zu berücksichtigen und ihnen eine sichere Perspektive zu bieten. Langfristige Unsicherheit führt zu finanziellen und persönlichen Belastungen, die verhindern, dass Wissenschaftler*innen ihr volles Potenzial entfalten können. Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sollte daher auch die Geschlechtergerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Fokus nehmen.

Um dem entgegenzuwirken, soll der Anteil an Dauerstellen kontinuierlich erhöht werden und Stellenkategorien nach dem Vorbild der Lecturer und Researcher sollten nach dem Bremer Modell etabliert werden. Mehr Flexibilität in den Wegen ist spannend. Als typischer Berufsweg in der Wissenschaft ist das Akquirieren von Fördergeldern zur Finanzierung eines Forschungsprogramms und Mitarbeiter*innen (wie bspw. ERC Starting & Consolidator Grants oder das DFG Emmy-Noether-Programm). Obwohl an dieser Stelle Wissenschaftler*innen bereits selbstverantwortlich wissenschaftliche Projekte mit Personalführung in Millionenhöhe betreuen, bleiben die Forscher*innen in der prekären Situation, dass mit dieser Förderung noch keine feste Anstellung einhergeht. Dies muss sich dringend ändern: wer an Hamburger Universitäten und Forschungseinrichtungen in jener Personalverantwortung steht und dabei Spitzenforschung betreibt, sollte eine feste Anstellung erhalten. Grundsätzlich geht diese Forderung mit der Idee einher, dass eine Entfristung bereits viel früher greifen muss, als regelhaft mit einer Professur: Wer selbständig dazu in der Lage ist, ein Forschungsprojekt zu leiten, sollte dies nicht aus einer prekären Lebenssituation und unsicherer Perspektive heraus leisten müssen.

Darüber hinaus setzen wir uns weiter dafür ein Drittmittel-Pooling voran zu treiben. Unsere Grüne Herangehensweise: im Dialog auf Augenhöhe aller Beteiligter z.B. über die AG Code of Conduct Konzepte entwickeln und Dissense herausarbeiten und wo möglich einen Konsens finden. Wir erkennen gleichzeitig die Interessensgegensätze und -Konflikte von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen an und entscheiden deshalb auch politisch auf Basis unserer Beschlusslage.

Lehre und Studienbedingungen

Unsere Welt entwickelt sich in einer rasenden Geschwindigkeit und Bildung ist der Schlüssel sie zu verstehen. Schon lange stehen wir als Grüne für das Konzept der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ein. Ein Ansatz der Bildung ganzheitlich denkt, lebenslanges Lernen als Mehrwert für den einzelnen Menschen in das Zentrum stellt, kooperatives sowie problembasiertes Lernen fördert und gesellschaftliche Schlüsselprobleme bearbeitet. Die Hochschullehre ist ein zentrales Element des Systems Hochschule. Wir wollen eine vielfältige und

plurale Lehre fördern, die auch die sogenannten kritischen Wissenschaften als wichtigen Bestandteil begreift.

Um das zu gewährleisten braucht es gute Betreuungsrelationen und gute Lehre muss genauso zu gutem wissenschaftlichen Standard gehören, wie exzellente Forschung. Das wollen wir unter anderem dadurch fördern, dass wir den Besuch von Weiterbildungen im Bereich der Didaktik zu einem notwendigen Kriterium bei der Besetzung neuer Professuren machen. Auch die Verteilung von Fördergeldern, soll künftig auch an gute Lehre geknüpft werden. Wir wollen zeitgleich die Möglichkeiten für solche Fortbildungen ausbauen.

Uns ist es daher ein auch zentrales Anliegen allen Menschen den Zugang auch zu Hochschulbildung zu ermöglichen. Leider ist aktuell kein gleichberechtigter Zugang zur Hochschule gegeben. Als Grüne wollen wir daher mehr Möglichkeiten schaffen, auch als Quereinsteiger*in ohne das Abitur den Weg in ein Studium finden zu können. Wer aus dem klassischen Studierendenraster rausfällt und etwa Verpflichtungen wie der Pflege Angehöriger nachkommen muss, der schafft es zudem oftmals nicht in Vollzeit zu studieren. Wir wollen deshalb die Möglichkeit eines Studiums in Teilzeit weiter ausbauen und in mehr Studiengängen grundsätzlich und ohne weitere Begründung ermöglichen.

Nicht erst mit dem Studienstart haben Studierende unterschiedliche Bedingungen. Wer als Arbeiter*innenkind den Weg an die Hochschule sucht, hat es oft schwerer, da keine familiären Vorbilder da sind, an denen sich die Interessent*innen orientieren können. Um diese Lücke zu verringern wollen wir Kooperationen zwischen Hochschulen und Schulen fördern um den Weg in ein Studium zu erleichtern. Auch Beratungsangebote sollen ausgebaut werden und Tutorien insbesondere in den ersten Fachsemestern stärker gefördert werden. Beides soll ebenfalls dafür sorgen, dass Studierende gleiche Chancen erhalten.

Die Krisen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass unsere aktuellen Zugangsregelungen für Studiengänge keinen gleichberechtigten Zugang für Studierende, die vor Krieg und Krisen fliehen ermöglichen. Betroffen waren insbesondere Studierende aus Drittstaaten, die von Sonderregelungen nicht erfasst wurden und keinen Zugang zum Studium erhielten, was in der Realität dazu führte, dass sie kein Bleiberecht erhielten. In Hamburg haben wir deshalb weitere Regelungen und Projekte geschaffen. Diese sollen bestehen bleiben, ausgebaut und verstetigt werden. Wir setzen uns weiterhin ein für eine Verbesserung des Zugangs und ihr Bleiberecht in Hamburg.

Nicht alle Studierenden finden auf Anhieb den für sie richtigen Studiengang. Doch nicht nur die Förderregeln für das BAföG machen Studiengangswechsel schwierig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Wechsel einfacher ermöglicht werden und sie sich nicht mehr auf die BAföG-Förderung auswirken. Bisher haben nur ausgewählte Studierende die Möglichkeit einen Masterstudiengang zu studieren. Das liegt auch daran, dass Masterplätze bewusst verknappt werden. Diese Verknappung wollen wir aufheben und für jeden Bachelorstudienplatz auch einen entsprechenden Masterstudienplatz ermöglichen.

Im Sinne eines Lebenslangen Lernens nach dem Konzept der BNE wollen wir auch Open Educational Ressources, auch in Form der Hamburger Open Online University weiter unterstützen und wo möglich fördern.

Forschung

Forschung ermöglicht neue Erkenntnisse und Entwicklungen, kritische Selbstreflektion als Gesellschaft und fördert international Dipomatie sowie Verständigung.

Wissenschaft ist auch mit privaten Strukturen vernetzt, hierbei entsteht teilweise eine Vermischung von gesellschaftlichen und privaten Interessen. Uns ist deshalb von Bedeutung, dass Unternehmen, die wissenschaftliche Einrichtungen, Produkte oder Ergebnisse kommerzialisieren, ihren Anteil zahlen und entsprechend ihres Gewinns besteuert werden.

Das DESY macht genau das und ist eine wichtige Säule internationaler Forschung und Vernetzung. Wir setzen uns dafür ein, dass das DESY zur Realisierung des neuen Rötgenmikroskops Petra 4 eine Finanzierung durch den Bundeshaushalt erhält. Deshalb haben wir landesseitig eine Anschubsfinanzierung beschlossen und führen viele Gespräche auf Bundesebene. Dabei ist wichtig, dass Wissenschaftskommunikation und Zugänglichkeit für die Gesellschaft im Vordergrund stehen: Die Wissenschaft in Hamburg betrifft uns alle, und daher ist es wichtig, dass sie der Gesellschaft zugänglich ist. Das schafft Diskurs und ein allgemeines differenziertes Verständnis wissenschaftlicher Prozesse. Citizen Science, also Forschung mit Bürger*innen, findet unter anderem am neuen Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels statt, dessen rechtliche Grundlage und Teilfinanzierung wir GRÜNE diese Legislatur auf den Weg gebracht haben.

In diesem Bereich wollen wir außerdem eine Reallabor-Förderlinie nach dem Beispiel aus Baden-Württemberg in die Landesforschungsförderung integrieren. Außerdem ist Forschung an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zentral. Wir haben deshalb unter anderem diese Legislatur den neuen Klimarechner 'Levante' für das Deutsche Klimarechenzentrum gefördert. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die interdisziplinäre außeruniversitäre Forschung. Gerade in der heutigen Zeit ist es von großer Bedeutung, das Vorhaben umzusetzen das Institut für Friedens- und Sicherheitsforschung in ein Leibnitz-Institut auszubauen.

Staatliche Universitäten bestehen zum zivilen Zweck (zum Selbstzweck abseits wirtschaftlicher oder privater Interessen) - hier ist notwendig, bisherige Strukturen zu prüfen und dies in den allgemeingültigen Fokus universitärer Forschung zu stellen. Dazu gehört auch Zivilklauseln zu unterstützen und auch in Regularien zu verankern.

Auch ist die öffentliche Wissenschaftskommunikation ein wichtiger Bereich und wir müssen Räume schaffen, in welchen Forscher*innen ihre Ergebnisse allgemeinverständlich präsentieren, erklären und diskutieren können. Deshalb ist es gut, dass es Formate wie Science Slams, Wissen vom Fass, KinderUni, die Woche der Wissenschaftskommunikation gibt. Über diese Berichte hinaus sollte eingeführt werden dass Forschungsergebnisse und Forschungstätigkeiten von Hochschulen in der öffentlichen Kommunikation an die Bevölkerung deutlich besser zugänglich sein müssen.

Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse betreffen die Finanzierung eines speziellen Forschungsthemas. In der Regel erfolgt die Finanzierung über Drittmittel, die vergeben werden für einzelne Forschungsprojekte oder einem Forschungsverband (Exzellenzcluster, Sonderforschungsbereiche). Jene Prozesse müssen im Sinne der Demokratisierung und gesellschaftlicher Beteiligung demokratisch und transparent ausgestaltet

werden. Wir möchten untersuchen, ob gesellschaftliche Akteur*innen in der Entscheidungsfindung und Gremien beteiligt sein sollten, um eine demokratische Verteilung von Geldern zu ermöglichen. Auch möchten wir bei der Nutzung öffentlicher Gelder Verzerrungen in inhaltlichen sowie Personalführungs-Fragen reduzieren, beispielsweise wäre ein Weg eine Förderung an der Teilnahme an Kursen,etwa mit pädagogischen Inhalten zur Sensibilisierung im gesellschaftlichen Diskurs z.B. zu Klassismus, Rassismus oder genderbezogenerer Diskriminierung zu knüpfen.

Für die Gesellschaft ist von größter Bedeutung, dass wissenschaftliche Ergebnisse allgemein zugänglich sind. Daher sollten Forschungsergebnisse grundsätzlich als Open Access freizugänglich sein (ohne dafür zahlen zu müssen. In den letzten Jahren ist der öffentliche Zugang an wissenschaftliche Ergebnisse (Bücher, Journal Artikel) gestiegen, gleichzeitig bedeutet dies eine finanzielle Belastung für die Gesellschaft, da Verlagshäuser hohe Kosten für Open Access Veröffentlichungen verlangen. Hier braucht es zusätzliche politische Steuerung: Wir finanzieren keine Forschung, um den Verlagshäusern einen Geldsegen zu bringen. Stattdessen braucht es alternative Publikationswege und wir möchten einen Impuls für internationale Initiativen für systemändernde Alternativen geben. Eine Ausschreibung für gemeinwohlorientierte Veröffentlichungsprozesse könnte beispielsweise in Hamburg erfolgen und an die Staats- und Universitätsbibliothek geknüpft sein. Wir tragen zu einer höheren Transparenz hinsichtlich der Förderung durch Drittmittel bei. Bestenfalls soll eine vollständige öffentliche leicht zugängliche Auflistung sämtlicher Drittmittel erfolgen.

Bisher findet Forschung sowie Sicherheits- und Prüfungsverfahren in Hamburg auch mit Tierversuchen statt. Wir wollen deshalb einen wirkungsvollen und umfassenden Plan zum Einstieg in den Ausstieg aus Tierversuchen erarbeiten und neben der bereits geschaffenen Professur zur Erforschung von unter anderem Ersatzmethoden in einer Ausschreibungsrunde der Landesforschungsförderung weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Wissenschaft ist ein Raum, in dem (wie in allen gesellschaftlichen Räumen), Menschen diskriminiert werden. Der Blick in der Wissenschaft selbst ist von einer Mehrheitsgesellschaft geprägt - diese führen zu diskrimierenden Entscheidungen zu Fragen, was beforscht wird, wer gefördert wird und welche Themen behandelt werden.

Ein wichtiger Bereich der nicht genügend Aufmerksamkeit erhält ist beispielsweise die Gehörlosen Kultur. Es ist sehr gut und wichtig, dass es in Hamburg das Zentrum für Disability Studies gibt und wir GRÜNE haben uns erfolgreich für den Erhalt eingesetzt und unterstützen den Ausbau. Außerdem wollen wir einen Forschungsbereichs für Deaf Culture Studies in Hamburg verankern. Zu unserem Ansatz der feministischen Wissenschaftspolitik gehört auch die Förderung von Gender Studies. Wir begrüßen es sehr, dass das Zentrums für Gender & Diversity von allen staatlichen Hamburger Hochschulen getragen wird und streben die Finanzierung weiterer Projekte in diesem Bereich an.

Für die Förderung kritischer Wissenschaften setzen wir uns in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hamburger Hochschulen ein und werden den Anschub durch eine Runde der Landesforschungsförderung unterstützen. Dazu gehört auch,

dass wir eine feste Linie einrichten wollen, mit der wir Raum für Unvorhergesehenes und Fehlerkultur schaffen.

Entscheidungsstrukturen

Moderne Hoschulen in einer Demokratischen Gesellschaft benötigen Demokratische Strukturen. Um unsere Hochschuldemokratie und die akademiwsche Selbstverwaltung zu stärken, wollen wir die Zusammensetzungen der Hochschulgremien reformieren.

Die Wahl des Präsidialamtes an Hochschulen ist eine zentrale Position innerhalb der Hochschulen, welche zurecht in einer Wahl im Akademischen Senat geschieht. Allerdings, wird diese Wahl zur Zeit auf der Baisis eines Vorschlags aus einer Findungskommision getroffen. Zwar hat der akademische Senat die Möglichkeit diesen abzulehnen, eine tatäschliche Personenwahl besteht kaum. Wir wollen die Findungskommission abschaffen und in Anlehnung an die Länder Berlin und Hessen eine auschließliche Auswahl und Wahl durch den akademischen Senat einführen.

Wir wollen die Vorrausetzungen zur Berufung als Vizepräsident*in senken. Der aktuelle Anspruch zur Vorraussetzung eines abgeschlossenen Hochschulstudiums und einer dreijährige Berufstätigkeit in verantwortungsvoller Stellung wollen wir streichen. Hierdurch schaffen wir die theoretische Möglichkeit der Einführung von studentischen Vizepräsident*innenschaften.

Die Funktion des*der Kanzler*in ist von zentraler Bedeutung für die alltägliche Steuerung der Hochschulen. Gerade durch die starke administrative Tätigkeit der Kanzler*innen ist ihrer Rolle von starkem Belang für die tatsächlcihen Mitglieder der Hochschule. Daher wollen wir die Wahl der Kanzler*innen vom Hochschulrat in den akademischen Senat verlagern.

Der Hochschulrat hat eine wichtige representative und kuratierende Funktion und ist ein Beratungsgremium. Er sollte allerdings keine konkreten Befähigungen zur alltäglichen Steuerung der Hochschule besitzen, diese wollen wir zurück in den akademischen Senat führen. So halten wir den akademischen Senat für das richtige Gremium zum Beschluss der Wirtschaftspläne der Hochschule und möchten diese Kompetenz hierhin führen.

Der Hochschulrat gestalltet die Zukunft und kuratiert die Leitlinien der Hochschulen, die sollte aber nicht alleine aus der externen Perspektive geschehen. In Anlehnung an die bayrischen Hochschulräte, möchten wir die Mitglieder des akademischen Senates auch qua Amt zu stimmberechtigten Mitgliedern im Hochschulrat machen.

Den Hochschulsenat möchten wir noch demokratischer gestalten und eine Möglichkeit schaffen die Diversität der Mitglieder der Hochschulen hier auch tatsächlich abzubilden. Hierfür wollen wir eine Besetzung nach Viertelparität einführen. Die Statusgruppe der Hochschullehrer*innen, des Mittelbaus, des technischen und Verwaltungspersonal und der Studierenden sollen in gleichen und gleichberechtigten Teilen vertreten sein soweit verfassungsgemäß möglich. so stärken wir die Hochschuldemokratie.

Analog zur Regelung in Bayern, wollen wir die universitäre Gleichstellungsbeauftragte mit einem wirkungsvollen Vetorecht, das tatsächlich verhindern kann und nicht nur aufschieben, ausstatten und gemeinsam mit den Akademischen Senaten Hamburgs sowie der Landesgleichstellungsbeauftrsgtenkonferenz beraten, ob sie zum stimmberechtigten

Mitglied im Akademischen Senat wird. So stärken wir die Position von Gleichstellungsarbeit und die Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen.

Ebenfalls wollen wir die Findunskommisionen der Dekanate abschaffen. Die Wahl der Dekan*innen soll hier auschließlich durch die Fakultätsräte geschehen.

Campusleben und Betrieb

Dort wo Forschung, Hochschulstudium und -verwaltung stattfindet, findet auch Campusleben statt - nicht nur von den Menschen, die in Hochschulen leben und arbeiten sondern auch Anwohner*innen aus dem Viertel. Zur Verzahnung von Wissenschaft und Gesellschaft begrüßen wir stadträumliche verbindene Entwicklungen, wie beispielsweise das Urban Gardening Projekt WurzelWerk auf dem Uni Hamburg Hauptcampus, das mit dem BNE-Preis ausgezeichnete Projekt Wattwanderung oder die Überlegung Wochen- oder Flomärke auch mal auf einem der Campuus zu veranstalten. Es braucht eine gute Infrastruktur an jedem Campus mit Zugang zu einer Mensa, Lern- und Freiräumen und bezahlbaren Wohnraum in der Nähe. Die Mensen müssen an allen Standorten eine gesunde, preiswerte und vegane sowie vegetarische Ernährung ermöglichen, auch über Hauptgerichte.

Insbesondere an der TU Hamburg braucht es mehr Lern- und Freiräume. Grundsätzlich ist dies bei allen Hochschulbauten wichtig zu beachtet, genauso wie Begegnungsflächen für Mitarbeitende und alle Gebäudenutzer*innen, die je nach Gebäudebedarf auch interdisziplinären Austausch fördern. Wo möglich wollen wir Begrünung ausbauen, Obstbäume sowie biodiversitätfördernde Vegetation anpflanzen und damit auch Besprechungsräume im Grünen schaffen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Barrierefreiheit und die nachhaltigsten Energieeffizienzstandards auf allen Ebenen umgesetzt wird und die nötigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden, also auch Hochschulbauten, installiert werden.

Zur Infrastruktur gehört auch IT-Sicherheit und Datenschutz, die von enormer Bedeutung sind wie auch die aktuellen Hacking Angriffe auf Universitäten u.a. in Hamburg zeigen. Wir stärken Digitalangebote und wollen zusammen mit den Studierendenschaften und in enger Abstimmung mit dem Hamburger Datenschutzbeauftragten nicht nur die bestehenden Lernplattformen weiterentwicklen, sondern auch Tools für den studentischen Austausch jenseits des Studiums OpenSource ausbauen.

Wir richten eine hamburgweite Förderung von studentischen Initiativen ein. Wichtig dafür ist, dass sie die Mittel selbst verwalten können, tatsächlich Verantwortung für ihr Projekt bekommen und Ansprechpersonen. Die sogenannten Green Offices, die sich für nachhaltige Arbeit an Hochschulen engagieren stützen dieses Engagement ebenfalls. Weshalb wir ein solches Green Office an allen Hamburger Hochschulen etablieren wollen.

In den letzten Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen: Künstliche Intelligenz generiert nun Videos, Bilder, Texte und sogar Stimmen. In der Gesellschaft herrscht noch kein Konsens darüber, wie wir damit umgehen sollen. Die Entwicklung verläuft derart rasant, dass es oft schwerfallen kann, die tatsächlichen Auswirkungen umfassend zu erfassen. Es ist daher dringend erforderlich, diese Entwicklungen im Kontext von Wissenschaft und Hochschule zu verstehen. Dazu bedarf es einer Überarbeitung der bestehenden Regulierungen für

verantwortungsvolle Wissenschaft. Wir wollen Gremien einrichten, die ethische Implikationen diskutieren, um darauf aufbauend Richtlinien zu entwickeln, wie wir mit diesem Thema in Wissenschaft, Lehre und Forschung umgehen wollen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); Artur Shakhnazarov (KV Hamburg-Wandsbek); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Andreas Strube (KV Hamburg-Harburg); Leon Meyer (KV Hamburg-Bergedorf); Jette Chiara Ihl (KV Hamburg-Altona); Mathis Lorenzen (KV Hamburg-Nord); David Herder (KV Hamburg-Mitte); Fabian Tiedemann (KV Hamburg-Harburg); Jakob Mellem (KV Hamburg-Harburg); Enja Knipper (KV Hamburg-Harburg); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Kai Ringlau (KV Hamburg-Harburg); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Maack (KV Hamburg-Harburg); Monika Linek (KV Hamburg-Nord); Oliver Camp (KV Hamburg-Nord); Malte Deutschmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pia Scherhaufer (KV Hamburg-Bergedorf)